

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 02.10.2012**

öffentlich

Ort:	Stadthaus, Kleiner Saal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),
Zeit:	17:00 Uhr bis 19:25 Uhr
Anwesenheit:	siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Andreas Schachtschneider	CDU, Ausschussvorsitzender	
Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	Vertreter für Frau Dr. Petra Sitte
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	
Herr Norbert Böhnke	Verwaltung	
Herr Gert Hildebrand	Verwaltung	
Frau Dr. Christine Radig	Verwaltung	
Herr Uwe Weiske	Verwaltung	
Herr Jürgen Zschocke	Verwaltung	
Herr Torsten Bau	SKE	
Frau Heike Deuerling-Kalsow	SKE	
Herr Martin Gorowska	SKE	
Herrn Klaus E. Hänsel	SKE	
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE	
Herr Andreas Riemann	SKE	
Herr Thomas Senger	SKE	
Frau Cathleen Stahs	SKE	bis 19:00 Uhr
Frau Dr. Regine Stark	SKE	

Entschuldigt fehlen:

Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.	Vertreter Herr Dr. Erwin Bartsch
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Bertolt Marquardt	SKE	

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses wurde von **Herrn Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, eröffnet und geleitet. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßte die Auszubildende Frau Mitdank, 1. Lehrjahr Verwaltungsfachangestellte, und die Gäste.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, informierte, dass **Herr Böhnke, Referent**, heute als Vertreter der Verwaltung **Herrn Kogge** vertritt, da dieser aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen kann.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, teilte mit, dass die Niederschrift der Sitzung vom 04.09.2012 erst in der nächsten Sitzung des Bildungsausschusses abgestimmt werden kann. Sie ist deshalb von der heutigen Tagesordnung zu nehmen. Er stellte die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. *Genehmigung der Niederschrift vom 04.09.2012* *vertagt*
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2013/14
Vorlage: V/2012/10911
 - 4.2. Prioritätenliste Investitionen an Schulen
Vorlage: V/2012/10921
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Schaffung von inklusiven Grundschulen
Vorlage: V/2012/10859

- 5.2. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Sozialraum Silberhöhe
Vorlage: V/2012/10856
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Verwaltungsbericht des Dezernates IV für das Jahr 2009
Vorlage: V/2012/10924
- 7.2. Verwaltungsbericht des Dezernates IV für das Jahr 2010
Vorlage: V/2012/10925
- 7.3. Information zu den Ergebnissen der Arbeitsgruppe Schülerbeförderung
- 7.4. Information zur Grundschule Am Heiderand
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2013/14** **Vorlage: V/2012/10911**

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, teilte mit, dass die in der Verwaltung bisher eingegangenen Schreiben zu den Anhörungen der Schulen vor Beginn des Bildungsausschusses verteilt wurden.

Er erläuterte, dass das Südstadtgymnasium einer Änderung der Aufnahmekapazitäten auf eine 5-Zügigkeit eher negativ gegenüber stehe. Das Christian-Wolff-Gymnasium habe grundsätzlich positiv auf die Änderung der Aufnahmekapazitäten auf eine 5-Zügigkeit reagiert. Die Grundschule Diemitz/Freimfelde habe Alternativvorschläge unterbreitet und zur Schließung des Standortes Rainstraße wurden bestimmte Forderungen zur vollständigen Nutzung am Standort Universitätsring durch die Schülerschaft erhoben. Die Anlage 4 der Vorlage konnte noch nicht ausgeteilt werden, da die Schulanfangsstatistik noch nicht vollständig vorliegt. Diese wird dem Protokoll beigelegt.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat um Wortmeldungen zu Beschlussvorschlag 1 (Änderung der Aufnahmekapazitäten Südstadtgymnasium und Christian-Wolff-Gymnasium).

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte, welche Vorstellungen die Stadt ab dem Schuljahr 2014/15 für die Deckung des Bedarfes an Gymnasialplätzen habe, wenn die derzeitigen Kapazitäten in den Gymnasien Südstadt und Wolff ausgelastet sind.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., verwies auf die Hinweise der Schüler im Rahmen ihrer Anhörung, die besonderen Wert auf den Erhalt der Qualität der Ausbildung legen. Er regte an, dass die Festlegung der Zügigkeiten und Kapazitäten für das Südstadtgymnasium und das Christian-Wolff-Gymnasium jährlich erfolgen sollte und jetzt kein Beschluss für mehrere Jahre gefasst werden sollte.

Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, unterstützte den Vorschlag von **Herrn Trömel**. Er begründete dies damit, dass die Schulen bei einer kompletten 5-Zügigkeit zu groß wären. Deshalb befürwortete er eine jährlich neue Entscheidung zur Kapazität.

Herr Kneissl, SKE, erkundigte sich, ob es bereits Überlegungen zur Gemeinschaftsschule Kastanienallee und dem Christian-Wolff-Gymnasium gegeben habe, da die Schulen nah beieinander liegen und auch dies Einfluss auf die Schülerzahl des Gymnasiums haben könne.

Herr Zschocke, Schulnetzplaner, antwortete, dass mit diesem Beschluss keine generelle 5-Zügigkeit festgeschrieben werden solle. Beschlossen werden soll die 5-Zügigkeit bis auf Widerruf. Ziel sei, eine Lösung insbesondere für die Schuljahre 2013/14 und 2014/15 zu finden. Im Rahmen der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Schuljahre 2013/14 bis 2017/18 müsse eine weitere verbindliche Regelung gefunden werden. Er halte es für sinnvoll, nach Übergang der Entscheidungskompetenz zur weiterführenden Schule in die Hand der Eltern noch ein weiteres Jahr zu warten, um weitere Trends der Nachfrage festzustellen. Es gibt verschiedene Überlegungen im Hinblick auf die Gymnasien, aber noch keinen abschließenden Vorschlag. Neben dieser Erweiterung der Zügigkeiten können z. B. befristet Außenstellen errichtet werden. Der Aufwuchs der Schülerzahlen betrifft nur einen bestimmten Zeitraum, danach reduzieren sich die Schülerzahlen wieder. Die Eröffnung eines neuen Gymnasiums müsse auch vor dem Hintergrund der finanziellen Möglichkeiten abgewogen werden.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies auf S. 39 der Vorlage und erklärte, dass nach diesen Zahlen ein Schüleraufwuchs in den nächsten 20 Jahren erwartet werde, der zusätzlich 1-2 Standorte für ein Gymnasium rechtfertigen würde. Dies mit Außenstellen zu lösen, halte er für ungenügend.

Herr Zschocke, Schulnetzplaner, erläuterte, dass in den nächsten Jahren mit unterschiedlichen Entwicklungen gerechnet werden müsse. Es ist noch nicht absehbar, welche Wirkung die Etablierung von Gemeinschaftsschulen auf die Anwahl von Gymnasien haben werde. Das weitere Anwahlverhalten auf das Gymnasium ist weiter auf seine Auswirkungen auf die Sekundarschule zu beobachten. Es gebe Veränderungen im Bereich der Förderschulen, deren Auswirkungen noch nicht ausreichend kalkulierbar sind, ggf. könnten auch diese Schulgebäude als künftige Schulstandorte für ein Gymnasium genutzt werden.

Herr Weiske, Sozialplaner, ergänzte, dass es auch an den privaten Schulen Veränderungen geben werde und diese möglicherweise Einfluss auf die kommunalen Schulen haben. Die vorhandenen Schulstandorte enthalten genügend Spielräume um künftig eine bedarfsgerechte Gymnasialbeschulung zu sichern. Ein Neubau wird aus heutiger Sicht ausgeschlossen.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, stellte dar, dass das Projekt Gemeinschaftsschule Kastanienallee noch in den Kinderschuhen stecke. Erst in der 2. Oktoberwoche soll ein erstes Konzept vorgelegt werden. Der Schwerpunkt dieses Projektes liegt nicht in einer Kooperation von Sekundarschule und Gymnasium. Es werde zu keiner Entlastung für das Christian-Wolff-Gymnasium führen.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, erkundigte sich, wie die Bedenken der Schulen berücksichtigt werden.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, führte aus, dass die Argumente gegen die Verwaltungsvorschläge zum Teil schon vorher bekannt waren. Soweit möglich ist die Beseitigung von Baumängeln im Rahmen von Brandschutzsanierungen angedacht, z. B. im Herdergymnasium. Dies könne jedoch noch nicht für alle Schulen zeitnah in die Investitionsplanung eingeordnet werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, bat **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, um Wortmeldungen zu Beschlusspunkt 2 (Aussetzung des Stadtratsbeschlusses zur Eröffnung der Grundschule Glaucha).

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, äußerte seine Kritik am Vorschlag, die Glauchaschule erst im Schuljahr 2014/15 zu eröffnen. Er fragte, ob davon auszugehen sei, dass sich der Termin nochmals verschieben werde und wie teuer die Brandschutzertüchtigung werde bzw. wann die Baumaßnahmen beginnen. Zudem fragte er nach, warum die Schule noch nicht im nächsten Jahr eröffnet werden könne. **Herr Paulsen**, erklärte, dass er die Verschiebung nicht nachvollziehen könne, da der Handlungsbedarf seit 3 Jahren bekannt sei. Für die Grundschule Auen seien schon Mittel im Investitionshaushalt vorgesehen, warum nicht für die Glauchaschule?

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, erläuterte, dass die Eröffnung der Glauchaschule zum 01.08.2013 im Dezember 2011 beschlossen wurde. Eine konkrete Bausumme könne derzeit noch nicht verlässlich benannt werden. Es wurden durch Dezernat IV 145 T € Planungsmittel für nächstes Jahr in der Kämmerei angemeldet.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach, wie Mittel geplant werden, wenn keine genauen Summen bekannt sind. Er fragte, wie hoch die Kosten der Brandschutzgrundsicherung und sämtlicher Reparaturen sind.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, erklärte nochmals, dass er keine Aussage zu den Gesamtkosten treffen könne. Diese Frage könne nur das ZGM beantworten. Erst wenn die Kosten aufgrund der Planung zuverlässig ermittelt wurden, können diese in den Haushalt eingestellt werden.

Herr Böhnke, Referent, wies darauf hin, dass das Dezernat IV keine eigenen Kostenberechnungen erstellen könne, auch Kosten aus anderen Vorhaben sind wenig hilfreich. Da noch keine Vorplanung vorliege, könne keine zuverlässigere Angabe zu den Kosten gemacht werden.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach, wie auf einer solchen Basis bedarfsgerechte Mittelanmeldungen an die Kämmerei erfolgen würden.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, erklärte, dass es 2 Varianten gäbe. Die erste sei, dass das ZGM geschätzte Zahlen übermittelt und diese für den Haushalt angemeldet werden. Die Erfahrung z. B. der Brandschutztranche I und II habe gezeigt, dass dann häufig mit Nachträgen gerechnet werden müsse. Deshalb sei mit dem Dezernat I abgestimmt, in einem ersten Schritt künftig nur Mittel für die Vorplanung bis zur Phase 3

einzustellen, um dann belastbare Angaben zu den erforderlichen Baukosten einstellen zu können.

Herr Hänsel, SKE, fragte, ob es ein größerer Fehler sei, sich in den Kosten zu verschätzen oder die Schuleröffnung immer wieder zu verschieben. Er kritisierte, dass 9 Monate nach dem Stadtratsbeschluss festgestellt werde, dass die Glauchaschule nicht eröffnet werden könne. Was habe die Verwaltung in den 9 Monaten getan? Andere Städte könnten in 21 Monaten, die zwischen dem Stadtratsbeschluss und dem beschlossenen Eröffnungstermin liegen, neue Schulen bauen. Die Baumaßnahmen wären in einem Jahr schaffbar, das Vorgehen ist nicht akzeptabel. Er erkundigte sich, ob es ein Brandschutzgutachten gebe.

Herr Böhnke, Referent, erklärte, dass 2011 vorgesehen gewesen sei, diese Schule fördern zu lassen. Aufgrund der zu geringen Mittel des Landes konnte dieses Vorhaben jedoch nicht in die Förderung aufgenommen werden. Der Antrag für die Grundschule Auen konnte in der 1. Förderphase nicht berücksichtigt werden. Es gibt derzeit keine Förderprogramme allein für die Sicherung des Brandschutzes. Die Grundschule Glaucha wird im zukünftigen Investitionsplan auftauchen müssen.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, ergänzte, dass es für dieses Objekt kein Brandschutzgutachten gäbe.

Herr Hänsel, SKE, entgegnete, dass ein Brandschutzgutachten ungefähr 5 – 10 T€ kostet. Ihm sei unverständlich, weshalb ein so geringer Geldbetrag nicht zur Verfügung gestellt werden könne.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., führte aus, dass für die Glauchaschule schon längst Mittel hätten beantragt werden müssen, zumindest für den Brandschutz. Insofern teile er die Verärgerung seiner Vorredner.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, sagte zu, zur Finanzierung der notwendigen Maßnahmen zur Eröffnung der Grundschule Glaucha im nächsten Bildungsausschuss Ausführungen zu machen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte, ob die Verwaltung noch ein Brandschutzgutachten erstellen lässt und warum sie nicht in der Lage sei, die Glauchaschule bis Schuljahresbeginn 2013 fertigzustellen, sodass zumindest 2 Klassen eingeschult werden können.

Herr Böhnke, Referent, erklärte, dass die Fragen schriftlich beantwortet werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, bat **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, um Wortmeldungen zu Beschlusspunkt 3 (Veränderung des Schulbezirkes der Grundschulen Diemitz/Freiimfelde und Kanena/Reideburg).

Herr Zschocke, Schulnetzplaner, zeigte auf der Leinwand die Karte mit der geplanten Schulbezirksveränderung. Er erklärte, dass ein Teil des jetzigen Schulbezirks der Grundschule Diemitz/Freiimfelde zum Schulbezirk der Grundschule Kanena/Reideburg zugeordnet werden soll. Dies geschehe nur, wenn die derzeit wieder nutzbar gemachten 2 Werkräume in der Grundschule Diemitz/Freiimfelde erneut wegen Schimmelbefall nicht mehr nutzbar wären und gesperrt werden müssten. Nach derzeitigem Stand sind alle Räume nutzbar und es können perspektivisch alle Schüler in der Grundschule Diemitz untergebracht werden. Eine Alternative wäre, die Schüler in einem Ausweichquartier unterzubringen. Im Elternvotum wird eine andere Verschiebung des Schuleinzugsbereiches vorgeschlagen, die jedoch nicht umsetzbar ist.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erkundigte sich, nach der Höhe der Kosten für eine nachhaltige Ursachenbeseitigung des Schimmels an diesem Schulgebäude. Er fragte, ob eine zeitweise Auslagerung von Klassen nicht eine günstigere Reaktion auf die zeitweise Nichtnutzung von Räumen wäre.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, erklärte, dass er keine Aussage zu den Sanierungskosten für die Trockenlegung des Gebäudes machen könne, aber er werde beim ZGM nachfragen und die Antwort nachliefern. Für eine Auslagerung von Schülern stehe kein Geld zur Verfügung. Er gehe davon aus, dass für eine umfassende Bauwerkstrockenlegung angesichts der Brandschutzprobleme vieler Schulen mittelfristig keine Möglichkeit bestehe, diese einzuordnen sofern es andere Alternativen zur Sicherung der Beschulung gäbe. Ein Ausweichquartier in der Grundschule Kanena/Reideburg halte er für ein funktionierendes Schulgefüge nicht für förderlicher.

Frau Raab, FDP-Fraktion, fragte, weshalb die Schulbezirke geändert werden sollen, wenn die Ursache im Zustand der Schule liege. Zudem bat sie um Auskunft, warum der Schimmel nicht beseitigt werde. Man könnte die Schüler klassenweise ausquartieren.

Herr Hänsel, SKE, fügte hinzu, dass er nicht verstehe, wieso die Verwaltung für die Schimmelbekämpfung Geld ausbebe, wenn dies nicht die Ursachen des Schimmels beseitige. Dieses Vorgehen ist absurd, wenn es schon schimmelt, dann sei Gefahr in Verzug. Die bauliche Maßnahme muss so gestaltet sein, dass ein Erfolg danach sichtbar ist. Wie hoch sind die Kosten für die Schimmelbekämpfung und der Trockenlegung im Vergleich?

Herr Böhnke, Referent, entgegnete, dass es erforderlich sei mit Unterstützung des Bildungsausschusses erfolgreicher um die Bereitstellung von Haushaltsmitteln auch für die Gebäudesanierung zu kämpfen. Unter anderem dazu wurde die Prioritätenliste erarbeitet.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, erklärte, dass sich die Kosten für die Schimmelbeseitigung in den 2 Unterrichtsräumen auf ungefähr 9 T € belaufen. Die Firma gebe eine Garantie von 2-3 Jahren. Eine Gebäudetrockenlegung zur Ursachenbekämpfung wurde bisher nicht realisiert, da hierfür kein Geld bereitstehe.

Frau Raab, FDP-Fraktion, argumentierte, dass sie es für strategisch günstiger erachte, die Schulbezirke unverändert zu lassen und bei Notwendigkeit eine Auslagerung von Klassen vorzunehmen. Dies würde den Leidensdruck zur Bereitstellung der notwendigen Sanierungsmittel erhöhen.

Herr Böhnke, Referent, bedankte sich für diese Anregung. Er sagte eine Prüfung zur Auslagerung der Kinder in die Grundschule Kanena/Reideburg zu.

Herr Senger, SKE, fand dieses Vorgehen erschreckend. Durch eine Schulbezirksveränderung würden Pflichtleistungen verschleiert. Der Schimmel ließe sich nicht einsperren, auch wenn die Räume gesperrt werden. Die Schule würde verfallen, wenn keine Trockenlegung erfolgt. Er versteht, dass kein Geld dafür vorhanden ist, aber adäquate Unterrichtsräume sind eine Pflichtleistung.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, bat **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, um Wortmeldungen zu Beschlusspunkt 4 (Schulbezirksveränderungen der Grundschulen Auenschule und Südstadt).

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, nahm Bezug zu Beschlusspunkt 1. Er verstehe nicht, wieso für die Grundschule Auen genaue Investitionsbeträge für die Jahre 2014-2016 ausgewiesen werden und dies für die Grundschule Glaucha nicht möglich sei. Er

fragte, wie sich die 7,6 Mio. € der Grundschule Auen zusammensetzen. Die Antwort hätte er gern zum nächsten Bildungsausschuss.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, bat **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, um Wortmeldungen zu Beschlusspunkt 5 (Aufhebung des Standortes Rainstraße 19).

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., fragte, warum der Standort Rainstraße geschlossen werden soll, wenn keine sinkenden Schülerzahlen vorhanden sind. Wie ist die Ausführung zur „effektiven Unterrichtsplanung“ am Standort Universitätsring gemeint?

Herr Zschocke, Schulnetzplaner, stimmte zu, dass die Schülerzahlen nicht sinken, aber die Kapazität der Schule am Universitätsring werde nicht voll ausgenutzt. Richtig sei, dass es auch an diesem Standort bauliche Probleme gebe. Wenn alle Räume nutzbar sind, ist die Verlagerung möglich. Die Brandschutzmängel und der Sanierungsstau am Standort Rainstraße sind jedoch erheblicher als am Universitätsring.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erkundigte sich, ob der Standort Rainstraße nur aus finanziellen Gründen geschlossen werden soll und was passiert mit der Turnhalle nach der Aufgabe des Standortes. Zudem fragte er, ob es möglich sei, dass nach einer Sanierung des Standortes Rainstraße alle Schüler, auch die vom Universitätsring, aufgenommen werden könnten.

Herr Zschocke, Schulnetzplaner, erläuterte, dass eine Unterbringung aller Schüler am Standort Rainstraße nur nach Aufstellung von Containern oder mit einem Anbau möglich wäre. Die Kosten für die Sanierung der Rainstraße wären deutlich höher als im Universitätsring.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, führte aus, dass seitens der Kunsthochschule Giebichenstein Interesse an dem gesamten Gebäude (mit Turnhalle) bestehe. Das Gebäude könnte dann eventuell verkauft werden.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte, was dann mit den Vereinen, die die Turnhalle nutzen, passiere und wie viele Vereine die Turnhalle derzeit nutzen.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, sagte eine Antwort auf diese Frage für den nächsten Bildungsausschuss zu.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, fragte, ob Mittel eingeplant sind, um vor einem Umzug das Gebäude am Universitätsring rechtzeitig herzurichten.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, verneinte diese Frage.

Herr Senger, SKE, erkundigte sich, ob am Standort Universitätsring oder Rainstraße die Trockenlegung des Kellers erfolgen muss.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, antwortete, dass die Trockenlegung am Standort Universitätsring erfolgen müsse, um alle Räume nutzen zu können.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, bat **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, um Wortmeldungen zu den Punkten 6.1 – 6.4 der Vorlage (Kenntnisnahme beigefügter Berichte).

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach der Prüfung einer Grundschule in der nördlichen Innenstadt. Seiner Meinung wurde anscheinend nur der Standort Universitätsring geprüft. Er wünschte weitere Aussagen zu Prüfergebnissen anderer Standorte. Er erkundigte sich nach der Anfrage aus dem letzten Ausschuss zu den Freiflächen.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, erwiderte, dass diese Antwort noch nicht vollständig sei und im Bildungsausschuss November gegeben werde.

Herr Weiske, Sozialplaner, erklärte, dass die Verwaltung den Prüfauftrag richtig verstanden habe. In der nördlichen Innenstadt sind jedoch keine weiteren Ressourcen, außer dem Standort Universitätsring, für eine Schule vorhanden.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, entgegnete, dass er mit dieser Aussage nicht zufrieden sei, da damit keine Lösung im Sinne einer Entlastung für andere Schulen aufgezeigt werde. Was gebe es für Alternativen?

Herr Weiske, Sozialplaner, erläuterte, das geplant sei, einen zentralen Hort zu schaffen. Wenn die Herauslösung der Horte aus den Grundschulen Lessing, Friesen und Dürer gelinge, dann stehen auch mehr Raumkapazitäten für die aufwachsenden Schülerzahlen zur Verfügung.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach, zu welchem Zeitpunkt die Eröffnung des zentralen Horts geplant sei, da die Schulen keine Kapazitäten mehr hätten.

Herr Weiske, Sozialplaner, führte aus, dass die Verwaltung ab 2014/15 eine Lösung anstrebe. Für die nächsten 2 Schuljahre sei es möglich, mit den derzeitigen Kapazitäten auszukommen.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, fragte, wann die Schulen zur Erfüllung der Schulpflicht nicht mehr ausreichen.

Herr Böhnke, Referent, sagte eine Antwort zum nächsten Bildungsausschuss zu.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., fragte, ob es neue Zahlen bzw. Perspektiven für die Förderschulen gäbe. In mehreren Veröffentlichungen sei mitgeteilt worden, dass für den gemeinsamen Unterricht nicht genügend Lehrer bereitstehen.

Herr Zschocke, Schulnetzplaner, erläuterte, dass alle derzeitigen Aussagen auf Hypothesen beruhen. Es gibt noch keine neuen Erkenntnisse zu den Förderschulen die den Schulträgern bei der Planung weiterhelfen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, die erste Lesung zur Vorlage Schulentwicklungsplanung. Die Abstimmung zur Vorlage werde im Rahmen einer zweiten Lesung im November erfolgen.

Abstimmungsergebnis: vertagt

zu 4.2 **Prioritätenliste Investitionen an Schulen** **Vorlage: V/2012/10921**

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, führte aus, dass die Verwaltung mit dieser Vorlage die seit längerem angekündigte Prioritätenliste für den Bereich Schule zur Diskussion stelle. Die Verwaltung habe versucht, ein schlüssiges Bewertungssystem zu erstellen, dass sowohl dem allgemeinen Sanierungsstand und der Brandschutzsicherung als auch der Demografiefestigkeit und dem Schüleraufkommen an den einzelnen Standorten Rechnung trage und damit eine Basis für künftige Investitionsentscheidungen biete. Diese Liste spiegelt den derzeit möglichen Arbeitsstand wider. Bezogen auf den vorabgegebenen Hinweis von **Herrn Kneissl** bat er die Farbkennzeichnung bei Nummer 11 der Prioritätenliste zu ändern. Die Verwaltung ändere den Druckfehler und kennzeichnet Nummer 11 mit roter Farbe.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., merkte an, dass in der 2. Förderphase von STARK III die Grundschulen Glaucha, Auen und Frohe Zukunft im Vordergrund stehen. Er fragte, wann die Planung erfolgt und bis wann die Förderanträge beim Finanzministerium angemeldet werden müssen. Seiner Kenntnis nach haben andere Städte und Kreise bereits mehrere Vorhaben antragsreif vorbereitet. Aus Magdeburg seien 12 Schulen bekannt. Wie weit ist der Planungsstand in Halle?

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, begrüße diese Vorlage und regte an, dass bei den Beschlussvorlagen zu den jeweiligen Grundsatz- und Baubeschlüssen auch Baupläne angefügt werden sollten. Spalte (3) - allgemeiner Zustand - der Prioritätenliste sei nicht aussagekräftig. Dies sollte geändert werden. Für ihn sei das maximale Punkteverhältnis von 22 Punkten für die Beurteilung von Demografiefestigkeit und Schülerzahlen gegenüber maximal 10 Punkten für allgemeinen Zustand und Brandschutz unausgewogen. Beschlusspunkt 3 sei seiner Meinung nach unzureichend, da eine jährliche Information über die Fortschreibung nicht ausreiche, erforderlich sei jeweils ein Beschluss des Rates.

Herr Böhnke, Referent, stimmt zu, dass „nur“ für 3 Schulen eine Antragstellung im Rahmen der 2. Förderphase STARK III zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses der Vorlage aufgenommen worden seien. Entsprechend der heutigen Erkenntnisse werden für den Bildungsausschuss November Austauschblätter der Anlage 1 übergeben. Diese Prioritätenliste sei vor allem aus fachlichen Gesichtspunkten heraus erstellt, weniger aus Sicht möglicher Finanzierungen.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, fragte, ob die Verwaltung dem Vorschlag von **Herrn Paulsen** zu Beschlusspunkt 3 folgen werde.

Herr Böhnke, Referent, sagte dies zu, dies zu prüfen.

Herr Weiske, Sozialplaner, führte aus, dass die letzte Spalte (10) nur als Mitteilung gedacht sei. Die Prioritätenliste ist kein Ranking. Diese Liste wurde auf der Grundlage der ehemaligen Prioritätenliste aus 2007 erarbeitet. Es wurden neben den Kriterien Demografiefestigkeit und Schülerzahlentwicklung auch der Sanierungsbedarf und der Brandschutz beurteilt. Der Modellversuch Gemeinschaftsschule ist eine Besonderheit und wurde mit Extrapunkten eingestuft, da dieser Schulversuch der Stadt sehr wichtig ist.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, fragte, ob die Schule einen Antrag gestellt habe und falls ja, weshalb wurde dieser dem Bildungsausschuss nicht vorgelegt. Zudem erkundigte sie sich, weshalb die Schülerzahlen bei der Grundschule Kröllwitz und der Grundschule Dölau so unterschiedlich sind, dies sei nicht plausibel.

Herr Hänsel, SKE, erklärte, dass ihm ein einheitlicher Bewertungsmaßstab fehle. Er finde, dass die Demografie und die Schülerzahlen eine übermäßige Gewichtung haben, obwohl Objekte mit baulichem Bedarf hohe Handlungsanforderungen an die Stadt stellen. Er könne nicht verstehen, dass die Liste kein Ranking sein solle. Er würde dieses Ranking begrüßen. Die Förderschulen werden in der Liste benachteiligt, obwohl sie sich häufig in einem schlimmen Zustand befänden. Nach der derzeitigen Gesetzeslage haben Förderschulen eine unveränderte Bestandslegitimation. Die Punkteverteilung müsse überarbeitet werden, da der Brandschutz höher zu gewichten sei und bei den Förderschulen die Wertung steigender Schülerzahlen z. B. an der Förderschule am Jägerplatz ungenügend berücksichtigt sei. Man könne diese Prioritätenliste derzeit nicht auf eine künftige Gesetzeslage abstellen.

Frau Raab, FDP-Fraktion, bemängelte, dass die Punkteverteilung nicht immer nachvollziehbar sei. Sie findet es richtig, den demografischen Faktoren und der Schülerzahl eine höhere Punktzahl zu geben, da man sonst Gefahr laufe in nicht bestandssichere Schulen zu investieren.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, führte aus, dass er den Ansatz einer fachlichen Priorisierung unterstütze. Die fachliche Betrachtung werde allerdings durch die vergleichsweise hohe Bewertung des Modellversuchs Gemeinschaftsschule wieder nivelliert. Er finde die Bewertung der Demografie und Schülerzahl zu massiv und bittet um Überarbeitung der Gewichtung.

Herr Weiske, Sozialplaner, verwies nochmals auf die Tücke einer Rankingtabelle. Die Schulen von Platz 1 bis 10 haben alle dringenden Handlungsbedarf. Da das Land derzeit öffentlich über die Förderschulen diskutiere, könne eine mögliche Entwicklung nicht negiert werden. Da jedoch die Richtung unklar ist, wurden diese Schulen eher im hinteren Teil platziert, um Fehlinvestitionen zu vermeiden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, beendete **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, die Diskussion mit Verweis auf eine zweite Lesung. Eine Abstimmung der Vorlage werde im Rahmen einer zweiten Lesung im November erfolgen.

Abstimmungsergebnis: vertagt

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Schaffung von inklusiven Grundschulen Vorlage: V/2012/10859

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat die antragstellende Fraktion um Begründung des Antrages.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, merkte an, das er den Antrag schon im letzten Bildungsausschuss vorgestellt hatte. Die Verwaltung wurde gebeten zu prüfen, welche Wege es geben könne, um einen Modellversuch zu initiieren.

Herr Zschocke, Schulnetzplaner, führte aus, dass die Verwaltung plane, eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe zur inklusiven Beschulung zu bilden. Die Arbeitsgruppe soll neben Vertretern der Fachämter ausgewählte Schulleiter und das Landesverwaltungsamt an einen Tisch holen, um Möglichkeiten und bauliche Anforderungen

für eine inklusive Beschulung abzustimmen. Dabei solle auch der Modellversuch des Landes, der an 22 Grundschulen durchgeführt wurde, ausgewertet werden. Er verwies darauf, dass diese Ergebnisse des Modellversuches auf dem Landesbildungsserver abrufbar sind. Ergebnisse könnten dann dem Bildungsausschuss vorgestellt werden.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat die Verwaltung das Konzept dieser Arbeitsgruppe dem Ausschuss schriftlich vorzulegen und beantragte, den Antrag seiner Fraktion nochmals zu vertagen. Er erklärte, dass andere Bundesländer schon Modelle von inklusiver Beschulung entwickelt haben und dass auf diese Erfahrungen zurückgegriffen werden könne.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, fragte die Verwaltung bis wann Ergebnisse der Arbeitsgruppe erwartet werden können und ob vorgesehen sei, auch externe Experten einzubeziehen.

Herr Böhnke, Referent, führte aus, dass das Thema Inklusion vorrangig aus Sicht des Bildungsbereiches bearbeitet werden solle. Ergebnisse würden unter anderem in den Stadtratsbeschluss zur Schulentwicklungsplanung unter dem Blickwinkel inklusiver Beschulung im Dezember 2013 einfließen.

Herr Weiske, Sozialplaner, antwortete, dass nicht nur verwaltungsintern in der Arbeitsgruppe gearbeitet werden solle, sondern dass auch das Landesschulamt und Schulleiter mit einbezogen werden sollen.

Herr Zschocke, Schulnetzplaner, erklärte, dass die Einbeziehung von Modellen anderer Bundesländer sehr schwierig sei, da diese unterschiedliche Schulgesetze haben und sich somit Probleme bei der Übertragbarkeit ergeben. Schwerpunkt sollte die Auswertung der Schulversuche in Sachsen-Anhalt sein.

Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion, bat um eine Zusammenstellung der rechtlichen Grundlagen zur inklusiven Beschulung.

Herr Böhnke, Referent, sagte zu, dass Material zum nächsten Bildungsausschuss zur Verfügung zu stellen.

Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, empfahl, Empfehlungen aus Städten aus Nordrhein-Westfalen zu prüfen. In diesem Bundesland fehlten anfangs ebenfalls Landesregelungen. Die Städte waren in derselben Situation wie die Stadt Halle und mussten eigene Überlegungen anstellen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, stellte **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, den Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung zur Abstimmung.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat die stimmberechtigten Stadträte um ihre Entscheidung zum Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

**zu 5.2 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Sozialraum Silberhöhe
Vorlage: V/2012/10856**

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, stellte einen Geschäftsordnungsantrag, da der Bildungsausschuss auch für den Antrag in geänderter Form nicht zuständig sei.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt
9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

**zu 7.1 Verwaltungsbericht des Dezernates IV für das Jahr 2009
Vorlage: V/2012/10924**

Herr Böhnke, Referent, erklärte, dass der Verwaltungsbericht des Dezernates IV zur Information vorgelegt werde. Für Rückfragen stehe er gern zur Verfügung.

Frau Raab, FDP-Fraktion, wies darauf hin, dass der Verwaltungsbericht einen Fehler beinhalte. Der Name des Planetariums lautet „Siegfried Jähn“ und nicht „Siegfried Jähn“.

**zu 7.2 Verwaltungsbericht des Dezernates IV für das Jahr 2010
Vorlage: V/2012/10925**

Herr Böhnke, Referent, erklärte, dass der Verwaltungsbericht des Dezernates ebenfalls zur Information vorgelegt werde. Für Rückfragen stehe er gern zur Verfügung.

zu 7.3 Information zu den Ergebnissen der Arbeitsgruppe Schülerbeförderung

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, informierte, dass den Fraktionen das Protokoll der Arbeitsgruppe Schülerbeförderung vom 11.09.2012 zugestellt wurde. Neben der Beratung zum Antrag des sachkundigen Einwohners Thomas Senger (Stadtelternrat) mit Unterstützung der Fraktion DIE LINKE. zur Änderung der Schülerbeförderungssatzung der Stadt Halle (Saale) vom 01.08.2011 (Vorlage: V/2012/10468), der von der Arbeitsgruppe befürwortet wurde und der nun erneut dem Finanzausschuss und dann dem Stadtrat vorgelegt werde, wurde der Vorschlag des Stadtelternrates zur künftigen Finanzierung der Schülerbeförderung diskutiert. Sowohl der Antrag als auch die Stellungnahmen der HAVAG und der Stadtwerke sind dem Protokoll der Arbeitsgruppe beigefügt und wurden den Fraktionen übermittelt. Die Verwaltung beabsichtigt, den Alternativvorschlag des MDV der Landesregierung vorzuschlagen.

zu 7.4 Information zur Grundschule Am Heiderand

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, verwies, auf die übermittelte Stellungnahme an mehrere Eltern zur Grundschule Am Heiderand. Da dieses Thema am Rande des Bildungsausschusses September und in Fraktionsanfragen angesprochen wurde, wurde die Antwort der Verwaltung allen Fraktionen zugänglich gemacht.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, fragte nach weiteren Mitteilungen der Verwaltung.

Herr Böhnke, Referent, informierte, über die aktuelle Fassung des Jahrbuchs für hallesche Stadtgeschichte. Zur künftigen Erstellung des Jahrbuches werde der Kulturausschuss über eine geplante vertragliche Regelung zwischen der Verwaltung und dem Verein für hallesche Stadtgeschichte informiert. Er hoffe, den Bildungsausschuss künftig verstärkt über Bildungsinhalte und nicht nur bei Bildungsinfrastruktur einbeziehen zu können.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, zeigte an, dass es derzeit für die Stadt Halle keine Mitteilungen über Krankheitsfälle in Schulen gäbe, obwohl auch städtische Schulen von der Firma Sodexo beliefert werden. Zudem informierte er, dass die Schuljahresanfangsstatistik noch nicht vollständig vorliegt. Die Zahlen werden als Anlage 4 der Vorlage zur Schulentwicklungsplanung nachgereicht. Er teilte außerdem mit, dass mit Datum vom 27. September 2012 die Antworten vom Landesschulamt zur Anfrage bezüglich der Lehrerversorgung eingegangen sind. Die abschließende Beantwortung der Stadtratsanfrage kann nunmehr erfolgen.

Herr Senger, SKE, informierte über die Schulmesse am 22.09.2012. Es konnten ca. 3900 Gäste begrüßt werden. Er bedankte sich für die Unterstützung des Amtes für Schule und Sport. Kritisch anzumerken sei jedoch die Handhabung der Unterstützung durch die Hausmeister. Er bedankte sich für die Entscheidung der Verwaltung, den Schülern aus Heide-Nord für den Besuch der Sekundarschule Reil im Ausweichquartier eine Schülerzeitkarte zu zustehen.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, teilte mit, dass die Termine für die Bildungsausschusssitzungen 2013 in Vorplanung sind. Die vorläufigen Termine werden dem Protokoll beigelegt.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Hänsel, SKE, verlas seine Anfrage zu der Raumsituation in den Grundschulen Dürer und Wittekind.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, entgegnete, dass die Verwaltung eine Antwort auf die umfangreiche Frage erstellt habe, die schriftlich übermittelt werde.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach den EFRE-Sanierungen und was für Fahrradständer zum Einsatz kommen sollen.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, sagte eine schriftliche Antwort zu.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erkundigte sich, wann die Vorlage zum Grundsatz- und Baubeschlusses zur Kastanienallee nunmehr in den Vergabe- und Finanzausschuss eingebracht werden solle.

Herr Böhnke, Referent, erläuterte, dass die Beschlussvorlage nochmal minimal geändert wurde. Es wurde noch eingefügt, dass das Vorhaben in 2 Bauabschnitte eingeteilt wird. Die Vorlage wird im Oktober erneut eingebracht.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., fragte, ob die Aufträge für den Anbau der Rettungsbalkone ausgelöst seien. Angesichts der derzeit sehr schwierigen Unterrichtsorganisation bat er um Mitteilung, welche zeitliche Planung zur Ausführung der Baumaßnahme vorgesehen sei. Er erkundigte sich auch, ob ein Kostenvergleich zwischen Rettungsbalkonen und Rettungstreppe erstellt wurde, da die jetzt vorgesehene Lösung zusätzlichen Aufwand bezüglich Veränderungen an den Heizkörpern erfordere.

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement, antwortete, dass das Ausschreibungsverfahren im Gang gesetzt sei, aber noch keine Veröffentlichung erfolgt sei. Der Abschluss der Bauarbeiten soll im 1. Quartal 2013 erfolgen. Der Anbau von Rettungstreppe wäre eine bessere Variante gewesen. Aus Kostengründen werden jedoch Rettungsbalkone ausgeschrieben. Der Bauablauf gehe davon aus, dass der zeitliche Abstand zwischen der notwendigen Maueröffnung und der Schließung sehr klein sei, um in den Wintermonaten Energieverluste zu vermeiden.

Herr Senger, SKE, fragte, mit Bezug zur neuen Geschäftsordnung, wer für den Versand von Unterlagen an die sachkundigen Einwohner zuständig sei, da dies nicht ausgeführt sei.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, antwortete, dass die sachkundigen Einwohner Mitglieder der jeweiligen Ausschüsse sind und die Verwaltung, in diesem Fall das Amt für Schule und Sport für die Versendung der Ausschussunterlagen an die Ausschussmitglieder zuständig ist.

Herr Senger, SKE, fragte nach dem Zeitpunkt der Reparatur der Dämmung in den oberen Etagen des Ausweichobjektes für die IGS. Ihm sei zugesichert worden, dass dies erfolgen werde. Bisher stehe die Reparatur jedoch aus. Es sei bereits zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen von Schülern gekommen.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, antwortete, dass ihm dieses Problem nicht bekannt sei und er das ZGM um eine Prüfung bitten werde.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, fragte auf welcher Grundlage die Schulmesse durchgeführt werde.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, antwortete, dass dies eine Veranstaltung des Stadtelternrates sei und das Amt für Schule und Sport dies unterstütze.

Herr Senger, SKE, ergänzte, dass ihm 2010 von **Herrn Kogge** und der Oberbürgermeisterin Unterstützung für die Messe zugesagt wurde. In diesem Jahr habe er Hinweise von Lehrern erhalten, dass es Probleme gab, die jeweiligen Schulhausmeister für den Aufbau der Stände einzusetzen. Er habe die Auskunft erhalten, dass dies nicht zu ihren Aufgaben gehöre.

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement, entgegnete, dass er sich die Einsatzorganisation seiner Hausmeister vorbehalte. Die Hausmeister wurden immer bereitgestellt und das wird auch weiterhin so bleiben.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., fragte, wann die Verwaltung plane, den Bildungsausschuss über vorgesehene Schulen für die 2. Förderphase des STARK III-Programms zu informieren.

Herr Böhnke, Referent, antwortete, dass sich die Verwaltung in der Verantwortung sehe diese Vorschläge vorzulegen, unter anderem dazu sei die Vorlage zur Prioritätenliste erstellt. Zum nächsten Bildungsausschuss wird die Anlage 1 der Vorlage dahingehend überarbeitet, dass die beabsichtigten Vorhaben ersichtlich werden.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., entgegnete, dass eine baldige Entscheidung notwendig sei, da viel Geld für die Planung damit erforderlich werde und dies Beschlüsse des Rates erfordere.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, nahm Bezug auf seine Anregung im letzten Ausschuss eine Auswertung des Losverfahrens an weiterführenden Schulen zu erstellen.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, erklärte, dass es weniger um eine Auswertung der Losverfahren gehe solle. Wichtiger ist es den Eltern Informationen zum Verfahren des Übergangs an weiterführende Schulen zu geben und auch das Losverfahren zu erklären. Das Amt für Schule und Sport habe ein Informationsblatt für Eltern vorbereitet, dass nach abschließender Beratung den Schulen zur Verfügung gestellt wird.

Herr Böhnke, Referent, ergänzte, dass die Information mit dem nächsten Protokoll auch an die Ausschussmitglieder versendet wird.

zu 9 Anregungen

Herr Hänsel, SKE, bemängelte, dass die Niederschrift des Bildungsausschusses vom 04.09.2012 noch nicht versendet wurde und bat um eine zeitnahe Vorlage von Niederschriften da man sich nach über 8 Wochen oft nicht an die Ausführungen erinnern könne.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, regte an, dass sich die Verwaltung künftig intensiver und in größerer Zahl an der Schulmesse beteiligen solle.

Für die Richtigkeit:

Datum: 30.10.12

Tobias Kogge
Beigeordneter

Andreas Schachtschneider
Ausschussvorsitzender

Dr. Christine Radig
Protokollführerin